

SPD-Fraktion Linkenheim-Hochstetten

Haushaltsrede zum Haushaltsplan 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn man sich in diesem Jahr mit Gemeindefinanzen beschäftigt, braucht man entweder sehr starke Nerven – oder einen guten Sinn für Humor. Beides ist hilfreich. Denn die Begleitmusik zu unseren Haushaltsberatungen klingt weniger nach Walzer, sondern eher nach Alarmton. Wer genau hinhört, erkennt: Das ist kein kurzes Störgeräusch, sondern ein dauerhaftes Warnsignal.

Die Bertelsmann Stiftung spricht von einer Zeitenwende für die Gemeindefinanzen. Die Finanzlage der Kommunen ist eingebrochen, die Einnahmen stagnieren infolge einer schwachen Konjunktur, während die Ausgaben ungebremst weiterwachsen – für Personal, für Sachaufwand, vor allem aber für soziale Aufgaben. Und der frühere SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel bringt es gewohnt zugespitzt auf den Punkt: Wir erfinden ständig neue Leistungen, reden aber zu wenig darüber, wozu der Sozialstaat eigentlich da ist und wie er dauerhaft finanzierbar bleibt.

Kurz gesagt: Die Alarmglocken läuten. Nicht irgendwo. Sondern mitten im Rathaus.

Dabei liegt das Problem nicht darin, dass der Sozialstaat zu viel will. Das Problem ist, dass er häufig schlecht organisiert ist, unzureichend finanziert und in seiner Wirkung nicht immer treffsicher. Genau hier liegt ein klassisches sozialdemokratisches Anliegen: Leistungen müssen wirksam sein, gerecht finanziert werden und bei den Menschen ankommen, die sie wirklich brauchen.

Schauen wir zurück. Rund zehn Jahre lang sind die Steuereinnahmen stetig gestiegen. Bund und Land verfügten über volle Kassen. Dieses Geld wurde ausgegeben – allerdings kaum für Investitionen in Straßen, Brücken, Schulen oder Kläranlagen, sondern für immer neue Leistungsversprechen. Diese Versprechen mögen politisch attraktiv sein. Umsetzen und finanzieren müssen sie am Ende jedoch die Gemeinden.

Wir sind es, die vorfinanzieren. Wir sind es, die zusätzliches Personal einstellen. Wir sind es, die qualifizierte Fachkräfte suchen, obwohl der Arbeitsmarkt in vielen Bereichen leergefegt ist. Und wir sind es, die sich durch eine Bürokratie kämpfen, die zunehmend den Eindruck erweckt, sie diene vor allem sich selbst.

In der Landesverfassung steht etwas eigentlich sehr Vernünftiges: Wenn das Land den Gemeinden Aufgaben überträgt, muss es auch für deren Finanzierung sorgen. Konnexität nennt sich das. Wer bestellt, der bezahlt. Ein einfacher, klarer Grundsatz. Leider steht er in der Praxis allzu oft nur auf dem Papier.

Die Realität sieht so aus: Die Gemeinden tragen rund 25 Prozent der staatlichen Ausgaben, erhalten aber nur etwa 14 Prozent der staatlichen Einnahmen. Leistungen müssen häufig vorfinanziert werden, Erstattungen kommen spät und sind an komplizierte Verfahren gebunden. Manchmal entsteht der Eindruck, die Gemeinden seien weniger Teil des Staates als vielmehr seine Kreditgeber.

Gegenüber dem Bund gibt es das Konnexitätsprinzip übrigens gar nicht. Aufgaben kommen trotzdem. Rechnungen auch.

Natürlich muss man fair bleiben. Es gibt Gemeinden, die über die gesetzlichen Vorgaben hinaus freiwillige Leistungen anbieten. Wer diesen Weg geht, muss die finanziellen Konsequenzen tragen. Aber selbst wenn man diese freiwilligen Leistungen außen vor lässt, bleibt eine nüchterne Erkenntnis: Die strukturelle Unterfinanzierung der Gemeinden ist real, dauerhaft und politisch verursacht.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Die Personalausgaben der Gemeinden haben sich innerhalb von zehn Jahren nahezu verdoppelt. Die Sozialausgaben sind innerhalb der letzten nur zwei Jahre um rund 25 Prozent gestiegen. Gleichzeitig schwächelt die Konjunktur. Für das Jahr 2026 wird ein kommunales Gesamtdefizit von rund 32 Milliarden Euro erwartet. Manche sprechen bereits von der größten Finanzkrise in der Geschichte der Bundesrepublik.

Was heißt das konkret für Linkenheim-Hochstetten?

Unser Haushalt 2026 umfasst ein Gesamtvolumen von 41,5 Millionen Euro. Das sind rund zwei Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Wieder ein Rekord. Wer glaubt, Rekorde seien immer etwas Positives, sollte einen genaueren Blick in die Ergebnistabelle werfen.

Denn auch bei uns verfestigt sich das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt. Wir planen mit einem Minus von 2,36 Millionen Euro. Dieses Ergebnis liegt immerhin noch in der Größenordnung des Vorjahres. Es ist kein Zufall – und ganz sicher kein Selbstläufer.

Verwaltung und Gemeinderat haben intensiv gearbeitet. Zahlreiche Vorhaben wurden gestrichen, verschoben oder reduziert. Nicht, weil sie unnötig wären, sondern weil sie im Planjahr nicht sicher umsetzbar oder finanziell nicht verantwortbar sind. Anders als in früheren Jahren können wir nicht mehr darauf hoffen, dass sich Defizite in der Jahresrechnung quasi automatisch ausgleichen.

Außerordentliche Erträge in Höhe von gut 1,8 Millionen Euro mildern das negative Ergebnis. Am Ende bleibt ein Minus von rund 536.000 Euro. Der Zahlungsmittelüberschuss liegt bei knapp 230.000 Euro. Nach den Maßstäben des früheren Haushaltsrechts wäre das sogar ein positives Ergebnis.

Für Investitionen benötigen wir 1,7 Millionen Euro. Diese Mittel werden durch eine Entnahme aus den Rücklagen finanziert. Trotz dieser Entnahme stehen wir zum Ende des Jahres 2026 weiterhin solide da: mit

rund 8,1 Millionen Euro Rücklagen und etwa 3,4 Millionen Euro an liquiden Eigenmitteln.

Und – das darf man ausdrücklich festhalten – Linkenheim-Hochstetten bleibt schuldenfrei.

Auch der Blick in die kommenden Jahre zeigt, dass wir derzeit noch über Handlungsspielräume verfügen. Bis 2028 tragen Einnahmen aus Grundstücksverkäufen im Baugebiet Nußbaumhecken dazu bei, die stetig steigenden Kosten abzufedern. Danach wird es enger. Spätestens ab 2029 könnte eine Kreditaufnahme erforderlich werden. Das ist keine Panikmache, sondern ehrliche und vorausschauende Haushaltspolitik.

Gleichzeitig gibt es auch Gründe für Zuversicht. Der Bund hat mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz ein wichtiges Signal gesetzt. 100 Milliarden Euro sollen helfen, den Investitionsstau bei Brücken, Straßen, Kläranlagen und öffentlichen Gebäuden abzubauen – Bereiche, die über Jahre vernachlässigt wurden.

Richtig eingesetzt, kann dieses Sondervermögen ein Konjunkturprogramm sein. Auch für unsere Gemeinde. Wir denken an Investitionen in die Kläranlage, in Brücken, Straßen und Photovoltaikanlagen. Wir rechnen mit rund einer Million Euro pro Jahr. Voraussetzung ist allerdings, dass diese Mittel nicht im Dickicht der Bürokratie stecken bleiben.

Und genau hier liegt ein Kernproblem. Wir brauchen weniger Formulare, weniger Misstrauen und mehr Tempo. Mehr Digitalisierung. Mehr Vertrauen in die Kompetenz vor Ort. Fortschritt entsteht nicht durch Stillstand aus Angst, sondern durch den Mut, Chancen zu nutzen und Verantwortung zu übernehmen.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist reines Sparen keine Lösung. Wenn der Staat spart, bedeutet das für die Bürgerinnen und Bürger häufig weniger Leistungen bei mindestens gleichen Abgaben. Das schwächt die Nachfrage und verschärft die wirtschaftliche Lage. Eine vorausschauende Finanzpolitik muss deshalb auch antizyklisch denken.

Das haben wir in Linkenheim-Hochstetten in der Vergangenheit bewusst getan. Der Bau der Sporthalle 2 ist ein gutes Beispiel. Sie wurde realisiert, als andere gespart haben und Bauunternehmen froh waren über Aufträge. Diese Entscheidung war richtig – und sie zeigt, dass kommunale Investitionen auch wirtschaftspolitische Wirkung entfalten können.

Heute entscheidet mehr denn je die Effizienz des Verwaltungshandelns. Der Gemeinderat muss klare Ziele setzen. Die Verwaltung muss diese Ziele mit möglichst geringem Aufwand erreichen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten dabei seit Jahren hervorragende Arbeit – oft unter hohem Druck und mit wachsenden Anforderungen.

Der Erfolg politischer Maßnahmen misst sich nicht daran, wie viel Geld ausgegeben wird, sondern was damit erreicht wird. Deshalb investiert die Gemeinde weiterhin bedarfsorientiert: in die neue Kindertagesstätte, in die Abwasserbeseitigung, in die Friedhöfe und in das Baugebiet Nußbaumhecken.

Das Carré am Markt hat unsere Gemeinde sichtbar aufgewertet. Die Stärkung der Nahversorgung verbessert die Lebensqualität und reduziert Wege. Nicht jede politische Ebene teilt diese Einschätzung – umso wichtiger ist es, kommunale Bedürfnisse selbstbewusst zu vertreten.

Das Baugebiet Nußbaumhecken soll Wohnen und Gewerbe gleichermaßen stärken. Leben, Arbeiten und Einkaufen vor Ort zu ermöglichen, reduziert das Gefälle zwischen Stadt und Umland und stärkt den sozialen Zusammenhalt.

Ein Blick auf die Einnahmen aus Investitionstätigkeit zeigt allerdings die strukturellen Schwächen des Systems. Grundstücksverkäufe und Fördermittel dominieren. Förderprogramme sind oft kompliziert, teuer in der Beantragung und lenken Investitionen eher nach Förderlogik als nach tatsächlicher Wirkung.

Das ist ineffizient und letztlich auch ungerecht. Es zeigt: Das System der Gemeindefinanzierung ist reformbedürftig – bis in seine Fundamente.

Dass Linkenheim-Hochstetten heute schuldenfrei ist, liegt nicht allein an Baugebieten. Es ist vor allem das Ergebnis solider Planung, verantwortungsvoller Entscheidungen und guter, effizienter Arbeit im Rathaus.

Gleichzeitig sind unsere Spielräume begrenzt. Der größte Teil unserer Ausgaben entfällt auf Pflichtaufgaben. Besonders deutlich wird das im Bereich der Kinderbetreuung. Der Zuschussbedarf ist von 2,8 Millionen Euro im Jahr 2014 auf rund 6,6 Millionen Euro im Jahr 2026 gestiegen.

Eine gute und verlässliche Kinderbetreuung ist ein zentrales Anliegen der SPD – nicht zuletzt aus Gründen der Chancengleichheit. Steigende Elternbeiträge gefährden diesen Anspruch. Das System produziert soziale Schieflagen, die wir nicht hinnehmen dürfen. Hier besteht auf allen politischen Ebenen Handlungsbedarf.

Weitere wichtige Schwerpunkte im Haushalt sind die Ausstattung der Feuerwehr, die Unterstützung der Vereine, die öffentliche Sicherheit und eine starke Jugendarbeit. Diese Bereiche tragen wesentlich zum Zusammenhalt und zur Lebensqualität in unserer Gemeinde bei.

Der Haushaltsplan 2026 setzt unter schwierigen Rahmenbedingungen ausgewogene Prioritäten. Die SPD-Fraktion wird dem Haushaltsplan und der Haushaltssatzung zustimmen. Ebenso den Wirtschaftsplänen und der mittelfristigen Finanzplanung der Eigenbetriebe Energieerzeugung und Wasserversorgung.

Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde, insbesondere dem Rechnungsamt um Dominik Schlenker für die enorme Arbeit an diesem Haushalt.

Wir danken unserem Bürgermeister Michael Möslang für die engagierte Zusammenarbeit sowie den Amtsleitern Michael Thate und Markus Schäfer und ihren Teams.

Ein herzliches Dankeschön gilt Frau Carmen Groh, ohne deren Geschäftsstelle wir uns unsere Gemeinderatsarbeit kaum vorstellen können.

Der Haushaltsplan 2026 gibt der Verwaltung die Grundlage, die Aufgaben der Gemeinde zu erfüllen und die Lebensqualität in Linkenheim-Hochstetten weiter zu sichern.

Was am Ende daraus wird, wird die Jahresrechnung zeigen. Gehen wir es an – mit Vernunft, mit sozialer Verantwortung und mit Zuversicht.